2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abwasserbeseitigung in der Stadt Wuppertal vom 16.12.2008 vom

Aufgrund der

- §§ 7, 8 und 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. April 2022 (GV. NRW. S. 490) in der jeweils geltenden Fassung,
- §§ 60 und 61 des Wasserhaushaltsgesetzes des Bundes (WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585 ff.), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.08.2021 (BGBl. I 2021, S. 3901ff.), in der jeweils geltenden Fassung,
- des § 46 Abs. 2 LWG NRW des Landeswassergesetzes vom 25. Juni 1995 (GV.NRW. 1995, S. 926), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 17. Dezember 2021 (GV NRW 2021, S. 1470), in der jeweils geltenden Fassung,
- der Selbstüberwachungsverordnung Abwasser (SüwVO Abw – GV NRW. S. 602 ff.) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 04. Mai 2021 (GV. NRW. S. 560) in der jeweils geltenden Fassung sowie
- des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), zuletzt geändert durch Gesetz vom 05. Oktober 2021 (BGBl. I S. 4607) in der jeweils geltenden Fassung

hat der Rat der Stadt Wuppertal in seiner Sitzung
am die folgende Satzung beschlossen:

I.

Die Satzung über die Abwasserbeseitigung in der Stadt Wuppertal vom 16.12.2008 in der Fassung der ersten Änderung vom 22.12.2010 wird wie folgt geändert und ergänzt:

- 1) In § 1 Abs. 1 S. 1 wird „§ 53 Abs. 1 LWG NRW“ in „§ 46 Abs. 1 LWG NRW“ geändert.
- 2) In § 2 Nr. 1 werden die §§ 56 WHG, § 53 Abs. 1 LWG ersatzlos gestrichen.
- 3) In § 2 Nr. 12 wird hinter „§ 10 KAG“ das Wort „NRW“ ergänzt.
- 4) In § 4 Abs. 3 und § 6 Abs. 1 wird „§ 53 Abs. 4 LWG“ in „§ 49 Abs. 5 oder 6 LWG NRW“ geändert.
- 5) In § 8 Abs. 1 wird „§ 51 Abs. 2 Satz I Landeswassergesetz NRW“ durch „§ 49 Abs. 1 Satz 1 LWG NRW“ geändert.
- 6) Nach § 8 Abs. 2 wird wie folgt geändert: „Der Eigentümer oder die Eigentümerin eines bebauten und/oder versiegelten Grundstücks, das unmittelbar an eine Straße grenzt, in der eine öffentliche Abwasseranlage für

Niederschlagswasser im **Trennsystem** (§ 2 Satz 1 Nr. 4 der Satzung) betriebsfähig verlegt ist, kann auf Antrag widerruflich ganz oder teilweise vom Anschluss- und Benutzungszwang für Niederschlagswasser befreit werden, wenn für die Herstellung der Grundstücksentwässerungsanlagen, die für den jeweiligen Anschluss notwendig sind, ein unverhältnismäßig hoher Aufwand erforderlich würde, der nicht zumutbar ist und gegenüber der Unteren Wasserbehörde Wuppertal nachgewiesen wurde, dass das Niederschlagswasser ganz oder teilweise gemeinwohlverträglich auf dem Grundstück versickert oder ortsnah in ein Gewässer eingeleitet werden kann.“

- 7) In § 8 wird folgender neuer Absatz 3 eingefügt: „Der Eigentümer oder die Eigentümerin eines bebauten und/oder versiegelten Grundstücks, das unmittelbar an eine Straße grenzt, in der eine öffentliche Abwasseranlage für Niederschlagswasser im **Mischsystem** (§ 2 Satz 1 Nr. 3 der Satzung) betriebsfähig verlegt ist, kann auf Antrag widerruflich ganz oder teilweise vom Anschluss- und Benutzungszwang für Niederschlagswasser befreit werden, wenn gegenüber der Unteren Wasserbehörde Wuppertal nachgewiesen wurde, dass das Niederschlagswasser ganz oder teilweise gemeinwohlverträglich auf dem Grundstück versickert oder ortsnah in ein Gewässer eingeleitet werden kann. Bei Betrieb einer Versickerungsanlage ist diese mit einem Überlauf an die öffentliche Abwasseranlage zu versehen. Ausnahmen von Satz 2 sind bei Vorliegen unzumutbarer Härten möglich. Die in Anlage 4 beigefügte Karte gibt einen groben Überblick über die Lage der Mischwassergebiete (pink).“
- 8) In § 8 wird folgender neuer Absatz 4 eingefügt: „Eine Nutzung von Niederschlagswasser zur Gartenbewässerung (z.B. durch Einbau eines „Regendiebs“, Regenwasserklappe o.ä. und Sammlung in einer Regentonne) oder in einer Regenwassernutzungsanlage, welche den allgemein anerkannten Regeln der Technik (DIN EN 16941-1 bzw. DIN 1989-100) entsprechen muss, ist möglich, wenn sichergestellt ist, dass das Niederschlagswasser gemeinwohlverträglich genutzt wird (z.B. keine Schäden an Nachbargrundstücken hervorruft). Eine Befreiung von der Anschluss- und Benutzungspflicht im Sinne der Abwasserbeseitigungssatzung ist hierfür nicht erforderlich.“
- 9) Der bisherige § 8 Absatz 3 wird zu Absatz 5 und wird wie folgt geändert: „Dem Antrag sind entsprechende Nachweise beizufügen. Befreiungen können mit Nebenbestimmungen versehen werden.“
- 10) In § 9 Abs. 5 wird folgender Textteil „einschließlich der Durchführung der Dichtheitsprüfung nach § 61 a LWG NRW“ ersatzlos gestrichen.
- 11) § 9 Abs. 7 wird wie folgt geändert: „Bei Neuanschluss an die öffentliche Kanalanlage hat der Grundstückseigentümer oder die Grundstückseigentümerin in der Nähe der Grundstücksgrenze einen geeigneten Inspektionsschacht mit Zugang für Personal (Einsteigeschacht) oder eine geeignete Inspektionsöffnung auf seinem oder ihrem Grundstück außerhalb des Gebäudes nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik (DIN 1986-100) einzubauen. Bei bestehendem Anschluss ist der

Grundstückseigentümer oder die Grundstückseigentümerin zum nachträglichen Einbau eines geeigneten Einsteigeschachtes oder einer geeigneten Inspektionsöffnung verpflichtet, wenn er oder sie die Zuleitung zur Anschlussleitung erneuert oder verändert. In Ausnahmefällen kann von der Errichtung eines Einsteigeschachtes oder einer Inspektionsöffnung außerhalb des Gebäudes abgesehen werden. Die Inspektionsöffnung muss jederzeit frei zugänglich und zu öffnen sein. Eine Überbauung oder Bepflanzung der Inspektionsöffnung bzw. des Einsteigeschachtes ist unzulässig.“

- 12) § 9 Abs. 11 wird wie folgt geändert: „Der Grundstückseigentümer oder die Grundstückseigentümerin hat sich gegen Rückstau von Abwasser aus dem öffentlichen Kanal zu schützen. Hierzu hat er oder sie in Ablaufstellen unterhalb der Rückstauenebene funktionstüchtige sowie geeignete Rückstausicherungen gemäß den allgemein anerkannten Regeln der Technik einzubauen. Als Höhe der Rückstauenebene wird die Straßen- oder Geländeoberkante über der Anschlussstelle der Anschlussleitung an die öffentlichen Abwasseranlagen festgesetzt. Diese Pflicht zum Einbau einer Rückstausicherung gilt für alle Grundstücke, d.h. auch für solche Grundstücke, bei denen in der Vergangenheit noch keine Rückstausicherung eingebaut worden ist oder satzungsrechtlich hätte eingebaut werden müssen. Die Rückstausicherung muss jederzeit zugänglich sein und so errichtet und betrieben werden, dass eine Selbstüberwachung des Zustandes und der Funktionstüchtigkeit der Anschlussleitung möglich ist. Aus Schäden, die durch Rückstau entstehen, können keine Ersatzansprüche gegen die Stadt hergeleitet werden.“
- 13) In § 9a Abs. 1 entfällt Satz 8 ersatzlos: „Der Unternehmerbescheinigung ist die Bescheinigung des Sachkundigen nach § 61a LWG über das Ergebnis der Dichtheitsprüfung beizufügen.“

14) Nach § 9a wird ein neuer § 9b mit folgendem Wortlaut eingefügt:

**„§ 9b
Zustands- und Funktionsprüfung bei privaten Abwasseranlagen**

- (1) Für die Zustands- und Funktionsprüfung gilt die Selbstüberwachungsverordnung Abwasser NRW. Private Abwasserleitungen sind gemäß den §§ 60, 61 WHG, § 56 LWG NRW, § 8 Abs. 1 SÜwVO Abw NRW so zu errichten und zu betreiben, dass die Anforderungen an die Abwasserbeseitigung eingehalten werden. Hierzu gehört auch die ordnungsgemäße Erfüllung der Abwasserüberlassungspflicht nach § 48 LWG NRW gegenüber der Gemeinde.
- (2) Zustands- und Funktionsprüfungen an privaten Abwasserleitungen dürfen nur durch anerkannte Sachkundige gemäß § 12 SÜwVO Abw NRW durchgeführt werden.
- (3) Nach § 7 Satz 1 SÜwVO Abw NRW sind im Erdreich oder unzugänglich verlegte private Abwasserleitungen zum Sammeln oder Fortleiten von

Schmutzwasser oder mit diesem vermischten Niederschlagswasser einschließlich verzweigter Leitungen unter der Keller-Bodenplatte oder der Bodenplatte des Gebäudes ohne Keller sowie zugehörige Einsteigeschächte oder Inspektionsöffnungen zu prüfen. Ausgenommen von der Prüfpflicht sind nach § 7 Satz 2 SÜwVO Abw NRW Abwasserleitungen, die zur alleinigen Ableitung von Niederschlagswasser dienen und Leitungen, die in dichten Schutzrohren so verlegt sind, dass austretendes Abwasser aufgefangen und erkannt wird.

- (4) Für welche Grundstücke und zu welchem Zeitpunkt eine Zustands- und Funktionsprüfung bei privaten Abwasserleitungen durchzuführen ist, ergibt sich aus den §§ 7 bis 9 SÜwVO Abw NRW. Nach § 8 Abs. 2 SÜwVO Abw NRW hat der Eigentümer oder die Eigentümerin des Grundstücks bzw. nach § 8 Abs. 6 SÜwVO Abw NRW der oder die Erbbauberechtigte private Abwasserleitungen, die Schmutzwasser führen, nach ihrer Errichtung oder nach ihrer wesentlichen Änderung unverzüglich von Sachkundigen nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik auf deren Zustand und Funktionstüchtigkeit prüfen zu lassen. Die Prüfpflicht und Prüffristen für bestehende Abwasserleitungen ergeben sich im Übrigen aus § 8 Abs. 3 und Abs. 4 SÜwVO Abw NRW. Legt die Stadt darüber hinaus durch gesonderte Satzung gemäß § 46 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 LWG NRW Prüffristen fest, so werden die betroffenen Grundstückseigentümer oder Grundstückseigentümerinnen bzw. Erbbauberechtigten durch die Stadt hierüber im Rahmen der ihr obliegenden Unterrichts- und Beratungspflicht (§ 46 Abs. 2 Satz 3 LWG NRW) informiert. Das gleiche gilt, wenn die Stadt Satzungen nach altem Recht gemäß § 46 Abs. 2 Satz 2 LWG NRW fortführt.
- (5) Zustands- und Funktionsprüfungen müssen nach § 9 Abs. 1 SÜwVO Abw NRW gemäß den allgemein anerkannten Regeln der Technik durchgeführt werden. Nach § 8 Abs.1 Satz 4 SÜwVO Abw NRW gelten die DIN 1986 Teil 30 und die DIN EN 1610 als allgemein anerkannte Regeln der Technik, soweit die SÜwVO Abw NRW keine abweichenden Regelungen trifft.
- (6) Nach § 9 Abs. 2 Satz 1 SÜwVO Abw NRW ist das Ergebnis der Zustands- und Funktionsprüfung in einer Bescheinigung gemäß Anlage 2 der SÜwVO Abw NRW zu dokumentieren. Dabei sind der Bescheinigung die in § 9 Abs. 2 Satz 2 SÜwVO Abw NRW genannten Anlagen beizufügen. Diese Bescheinigung nebst Anlagen ist der Stadt durch den Grundstückseigentümer bzw. die Grundstückseigentümerin oder den bzw. die Erbbauberechtigte(n) (§ 8 Abs. 2 bzw. Abs. 8 SÜwVO Abw NRW) unverzüglich nach Erhalt vom Sachkundigen vorzulegen, damit eine zeitnahe Hilfestellung durch die Stadt erfolgen kann.
- (7) Private Abwasserleitungen, die nach dem 01.01.1996 auf Zustand und Funktionstüchtigkeit geprüft worden sind, bedürfen nach § 11 SÜwVO Abw NRW keiner erneuten Prüfung, sofern Prüfung und Prüfbescheinigung den zum Zeitpunkt der Prüfung geltenden Anforderungen entsprochen haben.

(8) Die Sanierungsnotwendigkeit und der Sanierungszeitpunkt ergeben sich grundsätzlich aus § 10 Abs. 1 SÜwVO Abw NRW. Über mögliche Abweichungen von den Sanierungsfristen in § 10 Abs. 1 SÜwVO Abw NRW kann die Stadt gemäß § 10 Abs. 2 Satz 1 SÜwVO Abw NRW nach pflichtgemäßem Ermessen im Einzelfall entscheiden.“

15) Nach § 9b wird ein neuer § 9c mit folgendem Wortlaut eingefügt:

**„§ 9c
Zustimmungsverfahren**

(1) Die Herstellung oder Änderung der Anschlussleitung bedarf der vorherigen Zustimmung der Stadt. Diese ist rechtzeitig, spätestens jedoch vier Wochen vor der Durchführung der Anschlussarbeiten, zu beantragen. Besteht Anschluss- und Benutzungszwang an die öffentliche Abwasseranlage, gilt der Antrag mit der Aufforderung der Gemeinde den Anschluss vorzunehmen, als gestellt.“

16) § 10 Abs. 1 S. 1 wird wie folgt geändert: „Gruben und Grundstückskläranlagen sind nach den gemäß § 60 WHG, § 56 Abs. 1 LWG NRW jeweils in Betracht kommenden Regeln der Technik zu bauen, zu betreiben und zu unterhalten.“ Die weiteren Sätze des Abs. 1 bleiben unverändert.

17) In § 19 Abs. 1 wird folgende neue Nr. 20) eingefügt; die Nummerierung verschiebt sich entsprechend (die aktuellen Nr. 20) wird zu Nr. 21), die aktuelle Nr. 21) wird zu Nr. 22) usw.):

„20) § 9c Abs. 1 den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage ohne vorherige Zustimmung der Gemeinde herstellt oder ändert,“

18) Die bisherige Anlage 2 der Satzung wird gegen die dieser Beschlussvorlage angehängte neue Anlage 2 (Renovierung oder Reparatur der Anschlussleitung) der Satzung ausgetauscht.

19) Die bisherige Anlage 3 der Satzung wird gegen die dieser Beschlussvorlage angehängte neue Anlage 3 (Unternehmerbescheinigung nach § 9a) ausgetauscht.

20) Der Satzung wird die dieser Beschlussvorlage angehängte neue Anlage 4 (Karte der Mischwassergebiete mit Kontaktdaten) beigefügt.

II.

Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.2023 in Kraft.